

HEUTE  
22.9.2016

#### Der Blattmacher empfiehlt



Daniel Fuchs

Während ich diese Zeilen schreibe, ist im Bundeshaus die Monsterdebatte zur Umsetzung der SVP-Masseneinwanderungsinitiative noch immer im Gange. Auf dieser Doppelseite lesen Sie das Wichtigste zum Entscheid und zu den Protagonisten. Zudem wagt **unsere Bundeshaus-Redaktion einen Blick in die Zukunft**. Nach dem Nationalrat wird auch der Ständerat das Geschäft behandeln. Letzten Endes geht es darum, eine Lösung mit der EU zu finden. Dazu sei Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, der heutige Beitrag unseres **Karikaturisten Swen** auf der Meinungsseite ans Herz gelegt.

#### Frage des Tages

Hat der Nationalrat bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative richtig entschieden?

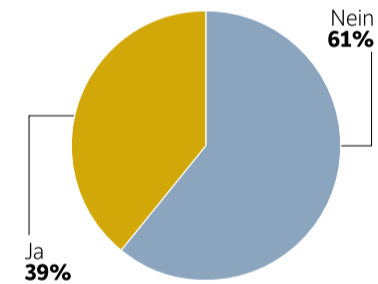
Ja  Nein

Stimmen Sie online ab unter [www.aargauerzeitung.ch](http://www.aargauerzeitung.ch)  
[www.bzbasel.ch](http://www.bzbasel.ch)  
[www.baselandschaftliche.ch](http://www.baselandschaftliche.ch)  
[www.solothurnerzeitung.ch](http://www.solothurnerzeitung.ch)  
[www.grenchentagblatt.ch](http://www.grenchentagblatt.ch)  
[www.limmatalerzeitung.ch](http://www.limmatalerzeitung.ch)  
[www.oltnerstagblatt.ch](http://www.oltnerstagblatt.ch)

«Die Umfrage finden Sie online über die Such-Funktion mit dem Stichwort «Tagesfrage»  
**Das Ergebnis erscheint in der nächsten Ausgabe.**

#### Ergebnis letzte Tagesfrage

**Wir haben gefragt:** Würden Sie auf Komfort verzichten, um Energie zu sparen?



#### Video des Tages

[www.aargauerzeitung.ch/mediathek/videos](http://www.aargauerzeitung.ch/mediathek/videos)



Im Zeitraffer: Entgleiste Rangierlok wird zurück auf die Spur gebracht.

#### REZEPT DES TAGES

Präsentiert von Annemarie Wildeisen

#### Weisswürstchen an Currysaucen

Zutaten für 2 Personen  
4 Weisswürste, je nach Appetit 6  
1 Zwiebel klein  
1 Knoblauchzehen  
1 Esslöffel Butter  
1 gehäufte Teelöffel Currypulver  
1 dl Weisswein  
3 dl Gemüsebouillon oder Hüfnerbouillon  
½ Apfel klein  
¼ dl Rahm  
1 gehäufte Teelöffel Butter weich  
1 Teelöffel Mehl  
einige Spritzer Worcestershire- oder Sojasaucen  
Salz  
schwarzer Pfeffer aus der Mühle

Bestellen Sie jetzt via SMS ein Schnupperabo mit 3 Ausgaben für nur 12 Franken.  
SMS mit SCHNUPPER + Name und Adresse an 919 (20 Rp./SMS) oder Online-Bestellung unter [www.wildeisen.ch/schnupperabo](http://www.wildeisen.ch/schnupperabo)  
[www.wildeisen.ch/suche/rezepte](http://www.wildeisen.ch/suche/rezepte)

# Zuwanderungsinitiative So hat der Nationalrat gestern entschieden



Ein oft gesehenes Bild am Tag der Monsterdebatte. Die SVP-Mitglieder – im Bild von vorne nach hinten: Hans-Ueli Vogt, Magdalena Martullo-Blocher und Gregor Rutz – folgen konsterniert, wie das Parlament auf den «Inländervorrang light» eintritt. P. SCHNEIDER/KEY

## Vergeblich gegen weiche Umsetzung eingereicht

Die SVP macht die Diskussion zur Masseneinwanderungsinitiative zum grossen Schauspiel, verliert aber klar: Der Nationalrat möchte die Initiative mit einem «Inländervorrang light» umsetzen.

Abend über sträubten sich alle 68 SVP-Fraktionsmitglieder ohne Unterstützung aus anderen Parteien gegen eine Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, die jede Konfrontation mit der EU umgeht. Vergeblich. Und das, obwohl mit Kurt Fluri sogar der «Architekt» dieser Umsetzungsinitiative zugegeben hatte, der «Inländervorrang light» setze die vom Volk akzeptierte Initiative «selbstverständlich nur in geringem Umfang um».

#### Keine Zwänge für die Wirtschaft

Einzige konkrete Massnahme, die der gestern beschlossene sogenannte «Inländervorrang light» beinhaltet, ist die Pflicht, offene Stellen den Arbeitsvermittlungszentren zu melden. Mit

einem Inländervorrang hat dieses Konzept kaum etwas zu tun: Der Arbeitgeber nämlich ist weiterhin frei, eine Arbeitskraft aus dem Ausland anzustellen. Er muss nicht einmal nachweisen, dass er ernsthaft im Inland gesucht hat. «Solche Zwänge wollen wir der Wirtschaft nicht auferlegen», sagte Fluri. Der «Inländervorrang light» gilt als vereinbar mit dem Freizügigkeitsabkommen, eine Einigung mit der EU ist also nicht nötig. Der Vorrang besteht nach seinen Angaben darin, den inländischen Arbeitskräften einen zeitlichen Vorsprung auf die Konkurrenz aus dem Ausland zu verschaffen. Bei schwerwiegenden wirtschaftlichen oder sozialen Problemen sind gemäss den Beschlüssen des National-

rats auch weiter gehende «Abhilfemassnahmen» möglich. Die offene Formulierung des Gesetzes schliesst Höchstzahlen nicht aus. Solche könnten aber nur mit Zustimmung der EU beschlossen werden. Einseitige Massnahmen - also die von der Verfassung geforderte eigenständige Steuerung der Zuwanderung - sind nicht vorgesehen. Ein Vorschlag von CVP-Präsident Gerhard Pfister, der dem Bundesrat befristete Abhilfemassnahmen wie einseitige Höchstzahlen in die Hände gegeben hätte, wenn mit der EU im zeitlichen Vorsprung auf die Konkurrenz aus dem Ausland zu verschaffen. Bei schwerwiegenden wirtschaftlichen oder sozialen Problemen sind gemäss den Beschlüssen des National-

## Namhafte Ständeräte prüfen raschen Befreiungsschlag

Die Diskrepanz zwischen Zuwanderungsinitiative und Gesetz wird in jedem Fall gross sein. Mitglieder der Staatspolitischen Kommission überlegen sich deshalb eine Verfassungsänderung im Eiltempo.

VON LORENZ HONEGGER

Wie auch immer die parlamentarischen Diskussionen zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative ausgehen, eine schnelle Lösung wird es nicht sein. Politiker von der SP bis zur SVP gehen fest davon aus, dass am Ende zwischen Initiative und Ausführungsgesetz eine Lücke klaffen wird. Selbst wenn der Ständerat den vom Nationalrat beschlossenen «Inländervorrang light» im Winter verschärft, wird dieser den Vorgaben von Artikel 121a der Bundesverfassung nicht entsprechen: Für eine verfassungskonforme Lösung mit Kontingenten und Höchstzahlen im Sinn der SVP gibt es im Parlament keine Mehrheit.

#### Drei Ausweg-Szenarien

Namhafte Mitglieder der Staatspolitischen Kommission des Ständerates (SPK) prüfen nun einen unkonventionellen Ausweg, um Verfassung und Gesetz wieder in Einklang zu bringen.

FDP-Ständerat Andrea Caroni (AR) hat zusammen mit SP-Ständerat Hans Stöckli (BE) drei Szenarien erarbeitet, die alle das gleiche Ziel haben: eine EU-taugliche Anpassung des Zuwanderungsartikels.

- **Szenario 1. Eine rasche Verfassungsänderung:** Das Parlament beschliesst im Eiltempo eine Anpassung von Artikel 121a, welche mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen vereinbar ist. Bis Ende Dezember müssten die Diskussionen abgeschlossen sein. Die Bevölkerung könnte parallel mit der wahrscheinlichen Referendumsabstimmung zum Ausführungsgesetz darüber entscheiden. Frühester Zeitpunkt des Umrangs wäre am 21. Mai 2017. «Eine Herkules-Übung, aber theoretisch denkbar», sagt FDP-Ständerat Caroni. Die Aargauer SP-Ständerätin Pascale Bruderer kann sich dieses Vorgehen ebenfalls vorstellen: «Wenn es auf der zeitlichen Achse möglich ist, die Verfassungsdebatte bis Ende Winter session abzuschliessen, müssen wir das in der Kommission intensiv diskutieren.»
- **Szenario 2. Eine schnelle, aber minimale Verfassungsänderung:** Statt Artikel 121a bis Ende Jahr vollständig zu überarbeiten und sich dem Vorwurf einer Haarruck-Übung auszusetzen, könnte das Parlament ganz einfach die Umsetzungsfrist der Zuwanderungsinitiative verlängern. Diese läuft am 9. Februar 2017 ab. Caroni:

«Das würde uns Luft verschaffen, um die Wirkung des Ausführungsgesetzes sowie die Diskussionen zwischen Grossbritannien und der EU abzuwarten.» Auch hier bräuchte es eine obligatorische Volksabstimmung.

- **Szenario 3. Eine verzögerte Verfassungsänderung:** Das Parlament abschiebet wie geplant bis im Winter das Ausführungsgesetz zur Masseneinwanderungsinitiative. Die Debatte über Artikel 121a erfolgt erst später im Rahmen eines Gegenvorschlags zur Initiative «Raus aus der Sackgasse»: Diese will die Masseneinwanderungsinitiative ganz aus der Verfassung kippen, was vielen im Parlament zu weit geht. Der Nachteil eines Gegenvorschlags wäre laut Caroni, dass die Lücke zwischen Verfassung und Gesetz über längere Zeit bestehen bliebe

#### Lösung bis im Winter

Weitgehend einig ist man sich in der ständerätlichen SPK schon heute, dass das Parlament das Ausführungsgesetz bis Ende Winter session unter Dach und Fach bringen sollte. Nur so kann der Bundesrat die Personenfreizügigkeit auf Kroatien ausweiten, was eine Bedingung für die Teilnahme der Schweizer Universitäten am EU-Forschungsprogramm Horizon 2020 ist. «Die Diskussion darf nicht an einer Arbeitsverweigerung des Parlamentes scheitern. Wir brauchen eine Lösung», sagt Ständerätin Bruderer.

### Der Souveräne Kurt Fluri

Egal mit welchen Angriffen und Unterstellungen die SVP-Nationalräte Kurt Fluri aus der Fassung bringen wollten - es gelang ihnen nicht. Der Solothurner FDP-Nationalrat, der den Vorschlag der Mehrheit ausführte und gegen jegliche Vorbehalte verteidigte, gab jeweils schlagfertig zurück: Da vorwiegend auf den Mann gespielt werde, könne er leider kaum auf sachliche Vorwürfe reagieren, sagt Fluri. «Einige Voten sind mir zu dumm. Da stellt man die Ohren am besten auf Durchzug.» Freund und Feind blieb nur das Staunen. So bewunderte SP-Nationalrat Corrado Pardini Fluris «stoische Ruhe», mit der Fluri dieselben Fragen auch mehrmals beant-

wortete («Wenn Sie die Antwort nicht verstehen, ist das Ihre Sache»). BDP-Präsident Martin Landolt bedauerte gar, den Schlagabtausch zwischen Fluri und SVP unterbrechen zu müssen, da dieser «offensichtlich zur Höchstform aufgelaufen» sei. Graues Haar, grauer Anzug, schwarze Brille - ja Fluris Auftreten mag viele täuschen. Bereits im Vorfeld der Mammut-Debatte war er zum Witzeln aufgelegt: «Ich habe die Argumente in den letzten Tagen so häufig wiederholt, dass ich sie nun selber glaube.» Um Missverständnissen vorzubeugen: Diese Aussage hat er ironisch gemeint. (WAN/DBU)



### Der Polterer Adrian Amstutz

Adrian Amstutz schoss wild um sich. Erst griff der SVP-Fraktionschef Kurt Fluri an, den «Stararchitekten dieser Gesetzesruine». Dann nahm er sich Cédric Wermuth vor, den Wortführer der SP: «Was Sie hier geboten haben, schlägt dem Fass den Boden aus», empörte sich Amstutz. «Sie lügen das Parlament an. Sie lügen die Bevölkerung vor dem Fernseher an. Und Sie verraten Ihre eigene Arbeiterschaft, indem Sie sie mit Ihrem Kniefall vor Brüssel opfern!» Alle Politiker, die nicht der wortwörtlichen Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative das Wort sprachen, verunglimpft er als «Totengräber der direkten Demokratie». Als Hintergrund: Bis zu seiner Ausmusterung aus der

Armee wäre Amstutz als Fallschirmgrenadier im Kriegsfall dafür zuständig gewesen, den Feind hinter dessen Linien zu bekämpfen. Dementsprechend erprobt ist er im Nahkampf. Mehrmals während seiner Voten lief Amstutz, den der Boulevard einst «Richard Gere aus dem Berner Oberland» getauft hatte, vor Wut rot an. Minuten später zeigte er sich in der Wandelhalle schon wieder entspannt. Mit der Debatte und deren Ausgang sei er zwar nicht zufrieden, sagte er. Persönlich aber sei er glücklich, schliesslich sei er gesund und stolzer fünf-facher Grossvater. (DBU)



### Der Streitlustige Cédric Wermuth

Die Debatte war viereinhalb Stunden alt, als SP-Nationalrat Cédric Wermuth ein E-Mail erhielt, in dem er als «sozialistischer Volksschädling» bezeichnet wurde, der sich am besten eine «Kugel durch den Kopf» schiessen würde. Verglichen damit war er von SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz Stunden zuvor fast schon zärtlich angefasst worden, als dieser ihn als «Lügner» verunglimpft. Am Rednerpult hielt sich auch Wermuth nicht zurück. «Sie haben kein Konzept», keifte der Aargauer in Richtung der SVP-Fraktion. «Sie hatten nie ein Interesse an einer Lösung. Was Sie getan haben, ist Arbeitsverweigerung.» Als Amstutz monierte, seine Partei habe

durcharaus Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt, erwiderte Wermuth, das vor ihm liegende Papierbündel schwenkend: «Das ist die Fahne zur Vorlage. Die kennen Sie vielleicht, und hier steht kein einziges Konzept von Ihnen drin!» Auch den Angriff, er verrate «seine» Arbeiterschaft, parierte der frühere Juso-Präsident gekonnt. Die flankierenden Massnahmen, wie beispielsweise Schutz vor Lohndumping und die Sicherung geregelter Arbeitszeiten, seien in den bilateralen Verträgen festgeschrieben - just jenen Verträgen, welche die SVP nun aufs Spiel setzen wolle. (DBU)



### Der Unterlegene Gerhard Pfister

Noch zu Beginn der Debatte suchte CVP-Präsident Gerhard Pfister den Kontakt zur SVP-Spitze und setzte sich im Ratssaal zwischen den Parteipräsidenten Albert Rösti und den Fraktionschef Adrian Amstutz - und hielt mit ihnen einen Schwatz. Das hat sich gelohnt. Zwar deutete der SVP-Nationalrat Andreas Glarner (AG) an, dass seine Partei wenig bis gar nichts von den CVP-Anträgen halte. Und dennoch unterstützte die SVP Pfisters Strategie, welche eine strengere Auslegung des «Inländervorrang» vorsah. Trotzdem ist Pfister damit aufgelaufen. Denn weder die Abweicher der FDP, die sich der Stimme enthielten, noch die SVP-Fraktion konnten seinen Anliegen zu einer Mehrheit verhel-

fen, sie wurden allesamt knapp (mit 93:98 Stimmen mit 5 Enthaltungen) abgelehnt. Pfister wollte sich gleichwohl nicht geschlagen geben. Es sei auch deshalb wichtig gewesen, an den (auschliesslichen) Anträgen festzuhalten, weil sie so erneut im Ständerat aufgenommen werden könnten. Vielleicht gelingt es der kleinen Kammer, den «Inländervorrang» strenger auszulagen - und so die von Wirtschaftsverbänden (und der CVP) erhoffte Brücke zur SVP zu schlagen. Pfisters schlagendes Argument: Die Schweiz könnte so gegenüber der EU selbstbewusster auftreten. (WAN)

